

Stuttgart, 19.09.2005

**Haushaltssicherungskonzept 2002
Organisationsuntersuchung Bauverwaltung
(Tiefbauamt, Hochbauamt, Planungsbereich des Garten- und Friedhof-
samtes)
Maßnahme Nr. III.12**

Beschlussvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Reform- und Strukturausschuss	Beratung	nichtöffentlich	28.09.2005
Verwaltungsausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	05.10.2005

Dieser Beschluss wird in das Gemeinderatsauftragssystem aufgenommen.

Beschlussantrag

1. Vom Ergebnisbericht der Organisationsuntersuchung Bauverwaltung (Tiefbauamt, Hochbauamt, Planungsbereich des Garten- und Friedhofsamt) wird Kenntnis genommen (siehe Anlage 2).
2. Mit dem entwickelten Maßnahmenpaket wird eine Kostenreduzierung von brutto 2,2 Mio. € (56 Stellen) erreicht. Die daraus resultierende Nettokosteneinsparung liegt bei 1,27 Mio. €, rund 56 %.
3. Die zum Stellenplan 2006/2007 zu steichenden Stellen werden konkret benannt und entsprechend gestrichen. Die Stellen, die aufgrund Fluktuation erst zu einem späteren Zeitpunkt gestrichen werden können, werden zum Stellenplan 2006/2007 mit einem kw-Vermerk ausgewiesen. Die Reduzierung der Personalkapazitäten ist zum 31.Dezember 2011 abzuschließen.

Kurzfassung der Begründung

1. Auftrag und Ziel

Mit dem bisher entwickelten Maßnahmenpaket wird eine Kostenreduzierung von brutto 2,2 Mio. € (56 Stellen) erreicht. Welche Höhe die daraus resultierende Nettokosteneinsparung erreicht, sollte in Abstimmung mit dem Gutachter und der Verwaltung ermittelt und in einer Ergänzungsvorlage zur Behandlung im Reform- und- Strukturausschuss am 28.09.2005 und im Verwaltungsausschuss am 05.10.2005 eingebracht werden.

Ebenso sollte in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ämtern und der externen Projektbegleitung auf Basis der Sollkonzeption die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen in den jeweiligen Aufgaben- und Organisationsbereichen erarbeitet und für den Umsetzungszeitrahmen 2006 bis 2013 konkretisiert werden.

2. Kurzdarstellung und Bewertung der Ergebnisse

2.1 Gesamtergebnis

Insgesamt weist die Organisationsuntersuchung zu den im Haushaltssicherungskonzept 2002 im Untersuchungsbereich (Anlage 1) bereits beschlossene Einsparungen eine Kostenreduzierung von brutto 2,2 Mio. € (ca. 56 Stellen) aus. Die daraus resultierende Nettokosteneinsparung beträgt rd. 1,27 Mio Euro (56%). Um diesen Betrag wird der Verwaltungshaushalt künftig jährlich entlastet. Der wirtschaftliche Vorteil für den Stadthaushalt liegt über dieser Summe, weil laufende Ausgaben (bisher Verwaltungshaushalt) in einmalige Ausgaben (künftig Vermögenshaushalt) umgewandelt werden, die künftig nur noch bedarfs- bzw. projektbezogen zu veranschlagen sind. Darüber hinaus findet eine Umwandlung von Personalkosten in Sachkosten statt, die, je nach der Zahl der Projekte, flexibler gesteuert werden können. Eine Übersicht der Gesamtkapazitäten und Einsparpotenziale wird in der folgenden Tabelle gegeben:

Einsparpotenzial	Hochbauamt	Tiefbauamt	Garten- und Friedhofsamt	Gesamt
Bruttoeinsparung	607.000 €	1.360.000 €	312.000 €	2.279.000 €
Nettoeinsparung	345.667 €	740.000 €	192.000 €	1.277.667 €
Stellenreduktion aus Bruttoeinsparung	14,4 VK	34 VK	7,8 VK	56,2 VK
Haushaltssicherungskonzept 2002	2,0 VK	13,6 VK	1,0 VK	16,6 VK
Einsparungen aus dem HSK	80.000 €	544.000 €	40.000 €	664.000 €

Die Höhe des ausgewiesenen Einsparpotenzials als auch die Zuordnung zu den drei Fachämtern (Tiefbauamt, Hochbauamt, Garten- und Friedhofsamt) werden im Konsens mitgetragen.

Die Differenz von 1,72 Mio. € zur Voruntersuchung stellt sich wie folgt dar:

In der nun vorliegenden Betrachtung wird die Reduzierung einer Stelle mit 40.000 € (üblicher Verrechnungssatz innerhalb der Stadtverwaltung) betrachtet, in dem Gutachten der Voruntersuchung mit ca. 46.000 €.

Im Untersuchungszeitraum wurden bereits 23,6 Stellen (Anlage 1) aufgrund des Haushaltssicherungskonzeptes 2002 innerhalb dieses Untersuchungsbereichs abgebaut.

Differenz aus unterschiedlicher Kostenbetrachtung 87 Stellen x 6.000 €:	522.000 €
Reduzierung aus HSK 2002 16,6 Stellen x 40.000 €	664.000 €
Summe	1.186.000 €

Verbleibende Differenz	535.000 €
-------------------------------	------------------

2.2 Fachämter

2.2.1 Organisation (Anlage 2, S. 11 f und S. 135-141 des Abschlussberichts)

Gemäß dem Vorschlag des Gutachters, die bestehende Ämterstruktur grundsätzlich zu erhalten und die Ämter der Bauverwaltung in einem Referat zu bündeln, werden die Möglichkeiten einer Kooperation bei den Querschnittsaufgaben der Ämter näher untersucht. Das Kooperationsmodell wird dabei die Aufgabenbereiche Personal und Organisation, Rechnungswesen, Recht- und Vertragsangelegenheiten, IuK und Bauvertragswesen umfassen.

Im Bereich des städtischen Beschaffungswesens findet derzeit ein stadtweites Optimierungsprojekt statt (GRDRs. 398/2004, Optimierung des Beschaffungswesens unter Einsatz von E-Procurement). Schwerpunkt hierbei ist der VOL-Bereich; der Beschluss des Gemeinderats bezieht aber auch die Vergaben des VOB-Bereichs grundsätzlich mit ein. Der weit überwiegende Anteil der VOB-Vergaben in der Stadtverwaltung erfolgt derzeit in den Ämtern der Bauverwaltung (Hochbauamt, Tiefbauamt, Garten- und Friedhofsamt). Wie im Rahmen des gesamtstädtischen Beschaffungswesen-Projekts vorgesehen, wird deshalb der technische und organisatorische Pilotbetrieb für den VOB-Bereich von diesen drei Ämtern durchgeführt, wobei die Ziele der Organisationsuntersuchung Bauverwaltung hinsichtlich einer künftigen stärkeren Kooperation explizit als Ziel in dieser Pilotphase verfolgt werden. Insbesondere werden eine einheitliche EDV-Plattform und ein einheitliches Vergabemanagement angestrebt. Der Pilotbetrieb wird auch Klarheit bringen, ob eine engere organisatorische Zusammenführung möglich ist und inwieweit sich Synergieeffekte personell auswirken. Damit können die Mehrbelastungen beispielsweise durch die Erschwernisse im Vergaberecht und künftig durch die Erhöhung des Vergabeanteils bei Baumaßnahmen ausgeglichen werden.

Konkrete Kooperationen werden derzeit auch in der Personalsachbearbeitung, bei Rechts- und Vertragsangelegenheiten und beim EDV-Betrieb überlegt. Bei den weiteren Querschnittsfunktionen sollen zumindest intensivere Formen der Zusammenarbeit (regelmäßiger Know-how-Austausch, gemeinsame Aktionen und aktuelle Projekte) erfolgen.

Über das Ergebnis dieser Untersuchungen werden die drei Ämter dem Reform- und Strukturausschuss bis Herbst 2006 berichten.

2.2.2 Stellenabbau (Anlage 2, S. 161, S. 175 und S. 182 des Abschlussberichts)

Bei einer voraussichtlichen Fluktuationsrate von 5% im Hochbauamt, von 4% im Tiefbauamt und 6% Garten- und Friedhofsamt pro Jahr können 50 % der freiwerdenden Stellen für den Stellenabbau herangezogen werden. Die anderen freiwerdenden Stellen werden für die Funktionsfähigkeit und für die flexible Handlungsfähigkeit der Fachämter benötigt. Im Hochbauamt können somit jährlich 4 Stellen, im Tiefbauamt 10 Stellen und im Garten- und Friedhofsamt innerhalb des Untersuchungsbereiches rund 2 Stellen abgebaut werden.

Die zusätzlichen Vorgaben aus dem HSK 2002 (siehe Anlage 1) und weitere Streichvorgaben aufgrund von Altersteilzeit, Arbeitszeitverlängerung Beamte, Arbeitszeitverkürzungstages Angestellte und Arbeiter (ca. 31 Stellen) werden bis zum Jahr 2009 erfüllt und sind nicht in der Organisationsuntersuchung berücksichtigt. In diesem Zeitrahmen können nur wenige Stellen aufgrund der Organisationsuntersuchung gestrichen werden; der Großteil dieses Stellenabbaus wird bis zum Stellenplan 2012/2013 erfolgen. Um die Nachhaltigkeit zu gewährleisten, werden die Fachämter die betroffenen Stellen zum Stellenplan 2006/2007 mit KW-Vermerken versehen. Die Flexibilität eines KW-Vermerk-Tausches bleibt erhalten.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich um eine Betrachtung aus heutiger Sicht, unter Berücksichtigung der heutigen Randbedingungen handelt. Einflüsse, die in Zukunft auf die Fachämter einwirken, können Veränderungen bewirken.

2.2.3 Hochbauamt (Anlage 2, S. 16 ff und S. 146-161 des Abschlussberichts)

Bruttokostenbetrachtung (Anlage 2, S. 159)

Optimierungsansatz (Bezug: Stellenbestand 2002)	Potenzial	Bewertet (*)
1. Best-Practice in der Bauunterhaltung (Leistungsvergleich)	3,6 VK	144.000 €
2. Anpassung der Zuständigkeiten für Bauunterhaltungsmaßnahmen	2,0 VK	80.000 €
3. Maßnahmenkatalog Instandsetzung	-0,75 VK	-30.000 €
4. Personalanpassung Abteilung Technik	3,6 VK	144.000 €
5. Erhöhung der Vergabequote	5,2 VK	208.000 €
6. Reduktion des Arbeitszeitaufwands durch Rückgang der Planungsänderungen und Planungen, die nicht zur Ausführung kamen (**)	0,75 VK	30.000 €
7. Flächenoptimierung	-----	31.000 €
Summe Optimierungspotenziale	14,4 VK	607.000 €
Zusätzlicher Abbau aus HSK 2002	2,0 VK	80.000 €

(*) 40.000 € pro Person und Jahr

Nettokostenbetrachtung (Anlage 2, S. 160)

	Bewertete Personaleinsparung	Verbleibender oder zusätzlicher Aufwand VwH, VmH	Nettokosteneinsparung
1. Best-Practice in der Bauunterhaltung (Leistungsvergleich)	144.000 €	0 €	144.000 €
2. Anpassung der Zuständigkeiten für Bauunterhaltungsmaßnahmen	80.000 €	53.333 €	26.667 €
3. Maßnahmenkatalog Instandsetzung	-30.000 €	0 €	-30.000 €
4. Personalanpassung Abteilung Technik	144.000 €	0 €	144.000 €
5. Erhöhung der Vergabequote	208.000 €	208.000 €	0 €
6. Reduktion des Arbeitszeitaufwands durch Rückgang der Planungsänderungen und Planungen, die nicht zur Ausführung kamen (**)	30.000 €	0 €	30.000 €
7. Flächenoptimierung	31.000 €	0 €	31.000 €
Summe Optimierungspotenziale	607.000 €	261.333 €	345.667 €

Die in der Organisationsuntersuchung Bauverwaltung ermittelten Ergebnisse zum Aufgabenbereich Bauunterhaltung werden innerhalb des Projekts Neustrukturierung Immobilienmanagement (vgl. GRDRs 675/2005) verifiziert. Dies betrifft insbesondere die in den Bezirksstellen zu erfüllenden Aufgaben der baulichen Instandhaltung, auf die die Optimierungsansätze Ziff. 1, 2 und 3 umzusetzen sind.

Die Realisierung der zur Erhöhung der Fremdvergabequote genannten Einsparpotentiale (Ziff. 5) hängt ab von der Entwicklung der mittel- bis langfristigen Investitionsmittel. Auch die im Zusammenhang mit der Reduktion des Arbeitszeitaufwandes durch Rückgang von Planungsänderungen und nicht zur Ausführung kommenden Planungen (Ziff. 6) ermittelten Stellenstreichungen werden umgesetzt, sobald die für das Bauinvestitionscontrolling vorhergesagten Auswirkungen eintreten.

Zusätzliche Stellen für das Bauinvestitionscontrolling (BIC) wurden im Rahmen der Organisation und Abwicklung von Hochbauvorhaben nicht geschaffen. Die hierfür erforderlichen Aufgaben müssen mit bestehenden Personal sowohl bei der Stadtkämmerei als auch beim Hochbauamt erledigt werden. Entsprechende interne organisatorische Änderungen sind Aufgabe der betroffenen Ämter und sind stellenneutral zu regeln. Das Gutachten berücksichtigt in der künftigen Stellenzahl die Wahrnehmung des BIC in der Linie beim Hochbauamt. Die in der GRDRs 624/2005 genannten 1,75 Stellen wären nur dann zu streichen gewesen, wenn BIC auf Referatsebene angesiedelt worden wäre, weshalb sich das Einsparpotenzial in der Netto-/Bruttokostenbetrachtung auf 0,75 reduziert (vgl. Ziff. 6).

Im Hochbauamt weist die Organisationsuntersuchung ein Einsparpotenzial von brutto 607.000 € aus. Die Nettoeinsparung liegt bei rund 57 %.

Maßnahmenplanung (Anlage 2, S. 194-199)

Im Ergebnisbericht wurden die Maßnahmen zur Erreichung der Optimierungsansätze beschrieben. Im einzelnen stellen sich die Maßnahmen wie folgt dar:

Die Verbesserungen bei der Organisation und Abwicklung von Hochbauvorhaben (vgl. GRDRs 305/2004) werden im wesentlichen durch die Umsetzung der Richtlinien für Projektmanagement im Hochbau erzielt (inkl. Bauinvestitionscontrolling). Hier soll eine Reduzierung des Arbeitsaufwandes u. a. durch nicht zur Ausführung kommende Planungen erreicht werden.

Im Vergleich der 6 Bezirksstellen der Abteilung Bauunterhaltung wurden Best-Practice-Ansätze identifiziert, aufgrund derer die Abwicklung der Bauunterhaltungsmaßnahmen optimiert werden soll. Auch sollen objektspezifische Regelungen und Vorgehensweisen festgelegt werden, die eine optimierte Abwicklung der Maßnahmen ermöglichen. Bei der Umsetzung der Empfehlungen der Gutachter zu diesem Aufgabenbereich sind jedoch die weiteren Entwicklungen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung Immobilienmanagement zu berücksichtigen.

Bei der Abteilung Technik ist u. a. die verstärkte Übernahme von Projektleitungen vorgesehen. Der bisher hohe Arbeitszeitaufwand für Bauherrenleistungen ist durch geeignete Maßnahmen zu reduzieren.

Um eine Reduzierung der Eigenplanungsquote auf etwa 17,5 % zu erreichen, sind die bestehenden Kriterien zur Vergabe von Leistungen im Einzelfall zu überprüfen und anzupassen. Zur besseren Abschätzung der zukünftigen Bauprojekte und damit der Planungsleistungen ist die Abstimmung mit dem Bauinvestitionscontrolling notwendig.

2.2.4 Tiefbauamt (Anlage 2, S. 62 ff und S. 179-191 des Abschlussberichts)

Bruttokostenbetrachtung (Anlage 2, S. 183)

Optimierungsansatz (Bezug: Stellenbestand 2002)	Potenzial	Bewertet (*)
1. Erhöhung Vergabequote bei Planungs- und Bauüberwachungsleistungen	14 VK	560.000 €
2. Outsourcing Bewirtschaftung Parkhäuser, Tiefgaragen, Wohnparkhäuser Parkscheinautomaten	6,5 VK 1 VK	260.000 € 40.000 €
3. Technische Verbesserungen Fahrtreppenzentrale EDV	4 VK 1 VK	160.000 € 40.000 €
4. Organisation und Prozesse Zusammenfassen von Abteilungen	7,5 VK	300.000 €
Summe Optimierungspotenziale (**)	34 VK	1.360.000 €
Zusätzlicher Abbau aus HSK 2002	13,6 VK	544.000 €

(*) 40.000 € pro Person und Jahr

(**) Hinweis: die Maßnahme IV, 4a des HSK 2002, „Weitererhebung von Planungskostenansätzen“ für die vom Tiefbauamt für die SSB durchgeführten Planungsaufgaben wurde bereits umgesetzt.
Entlastung: 1 Mio. €

Nettokostenbetrachtung (Anlage 2, S. 191)

	Bewertete Personaleinsparung	Verbleibender oder zusätzlicher Aufwand VwH, VmH	Nettokosteneinsparung
1. Erhöhung Vergabequote bei Planungs- und Bauüberwachungsleistungen	560.000 €	560.000 € (*)	0 €
2. Outsourcing Bewirtschaftung Parkhäuser, Tiefgaragen, Wohnparkhäuser Parkscheinautomaten	260.000 € 40.000 €	(**) 20.000 €	260.000 € 20.000 €
3. Technische Verbesserungen Fahrtreppenzentrale EDV	160.000 € 40.000 €	(295.000 (***) 20.000 € 20.000 €	140.000 € 20.000 €
4. Organisation und Prozesse Zusammenfassen von Abteilungen	300.000 €	0 €	300.000 €
Summe Optimierungspotenziale	1.360.000 €	620.000 €	740.000 €

(*) Die Kosten für Planung und Bauüberwachung werden bei der Vergabe der Leistungen zum größten Teil direkt den Investitionskosten zugerechnet. Etwa 60.000 € werden zusätzlich bei der Projektbearbeitung benötigt.

(**) Aussagen über die Auswirkungen des Outsourcing bei der Rathausgarage sind erst möglich, wenn die künftige Vertragskonzeption und Bewirtschaftungsform festliegen.

(***) Einmalige Investitionen in der Fahrtreppenzentrale.

Im Tiefbauamt weist die Organisationsuntersuchung ein Einsparpotenzial von brutto 1.360.000 € aus. Eine exakte Ermittlung der Nettokosteneinsparungen ist derzeit nicht möglich. Je nach Modell zur Bewirtschaftung der Parkanlagen können sich die Nettoeinsparungen ändern. Bei Berücksichtigung des obigen Ansatzes und durch die einmalige Investition bei den Fahrtreppen liegt die Nettokosteneinsparung beim Tiefbauamt im ersten Jahr bei rund 33 % und in den Folgejahren bei rund 54 %.

Maßnahmenplanung (Anlage 2, S. 202 und Anlage T8 des Abschlussberichts)

Die Maßnahmen die zur Erreichung der Optimierungen erforderlich sind, wurden im Ergebnisbericht beschrieben. Die wichtigsten Maßnahmen werden im Folgenden genannt:

Im Bereich Erhöhung der Vergabequote ist vorgesehen in den Planungs- und Bauabteilungen weitere Leistungen an Dritte zu vergeben. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird schrittweise in Abhängigkeit von den jeweils freiwerdenden Stellen erfolgen.

Ebenfalls im Zuge des HSK 2002 ist die Betriebsform der Parkierungseinrichtungen zu überprüfen mit dem Ziel der Erhöhung der Wirtschaftlichkeit (GRDrs 1053/2003, Maßnahme 66.1). Bei einem Outsourcing von Parkierungseinrichtungen können bis zu 6,5 Stellen langfristig eingespart werden, insbesondere durch die Privatisierung der Rathausgarage.

Durch technische Verbesserungen können insbesondere im Bereich der Fahrtreppenzentrale Stellen eingespart werden. Ein von der DEKRA durchgeführtes Gutachten hierzu ergab ein Einsparpotential von 4 Stellen.

Im Bereich Organisation und Prozesse ist vorgesehen, Abteilungen zusammenzufassen. So sollen von den vier Bauabteilungen jeweils zwei Abteilungen zusammengefasst werden (Mitte und Nord sowie Neckar und Filder). Auch die beiden Abteilungen Stadtbahn und Tunnelbau sowie Brücken und Betriebstechnik mit ihren vorwiegend konstruktiven Aufgabenbereichen sollen zusammengelegt werden.

2.2.5 Garten- und Friedhofsamt (Anlage 2, S. 35 f und S. 162-178 des Abschlussberichts)

Bruttokostenbetrachtung (Anlage 2, S. 176)

Optimierungsansatz (Bezug: Stellenbestand 2002)	Potenzial	Bewertet (*)
1. Zusammenführung Höhenpark Killesberg und Bezirk Nord	0,4 VK	16.000 €
2. Reduzierung von 4 auf 2 Bezirke oder Steuerung durch Benchmarks und Festlegung von Pflegestandards	2,0 VK	80.000 €
3. Erhöhung Fremdvergabeanteil	3,0 VK	120.000 €
4. Zuordnung des Planungsbereichs des Sachgebiets 3.3 zur Abteilung 4	0,2 VK	8.000 €
5. Zentralisierung Liegenschaftsverwaltung im Amt	0,3 VK	12.000 €
6. Zentralisierung von Querschnittsaufgaben (Abteilung 2)	1,0 VK	40.000 €
7. Personalabbau aus Reduzierung Mitarbeiterzahl	0,9 VK	36.000 €
Summe Optimierungspotenziale	7,8 VK	312.000 €
Zusätzlicher Abbau aus HSK 2002	1,0 VK	40.000 €

(*) 40.000 € pro Person und Jahr

Nettokostenbetrachtung (Anlage 2, S. 177)

	Bewertete Personaleinsparung	Verbleibender oder zusätzlicher Aufwand VwH, VmH	Nettokosteneinsparung
1. Zusammenführung Höhenpark Killesberg und Bezirk Nord	16.000 €	0 €	16.000 €
2. Reduzierung von 4 auf 2 Bezirke oder Steuerung durch Benchmarks und Festlegung von Pflegestandards	80.000 €	0 €	80.000 €
3. Erhöhung Fremdvergabeanteil	120.000 €	120.000 €	0 €
4. Zuordnung des Planungsbereichs des Sachgebiets 3.3 zur Abteilung 4	8.000 €	0 €	8.000 €
5. Zentralisierung Liegenschaftsverwaltung im Amt	12.000 €	0 €	12.000 €
6. Zentralisierung von Querschnittsaufgaben (Abteilung 2)	40.000 €	0 €	40.000 €
7. Personalabbau aus Reduzierung Mitarbeiterzahl	36.000 €	0 €	36.000 €
Summe Optimierungspotenziale	312.000 €	120.000 €	192.000 €

Im Garten- und Friedhofsamt weist die Organisationsuntersuchung ein Einsparpotenzial von brutto 312.000 € aus. Die Nettokosteneinsparung liegt bei rund 61,5 %.

Maßnahmenplanung (Anlage 2, S. 200 f)

Das Garten- und Friedhofsamt wird den Vergabeanteil entsprechend den Vorschlägen des Gutachters erhöhen und dabei Leistungen aus dem Bereich der Baunterhaltungsüberwachung einbeziehen. Dabei müssen zunächst Erfahrungen mit Architekten gesammelt werden, die mit Leistungen aus diesem Aufgabenbereich bisher nicht beauftragt wurden.

Die Zentralisierung der Liegenschaftsverwaltung wird im Zusammenhang mit der Erfassung des Anlagevermögens neu organisiert und die Stellenreduzierung mit Aufgabenveränderung im Bereich der Krematoriumsleitung umgesetzt.

Die Stellenreduzierung im Bereich der Personalverwaltung (Ziff. 7) wird im Rahmen des Verwaltungsbenchmarks umgesetzt.

Die weiteren vorgeschlagen Stellenreduzierungen sollen im Rahmen von Arbeitsprozessverbesserungen, Organisationsveränderungen und der Umsetzung der Betriebshofkonzeption geprüft werden. Dabei werden insbesondere in der Verbesserung der Bauüberwachung und in der Umsetzung von Pflegekonzeptionen entsprechende Potentiale erwartet.

Vom Gutachter wurden im untersuchten Bereich der Bauplanung, Bauausführung und Unterhaltungsleistungen keine weiteren Einsparpotentiale gesehen.

Finanzielle Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen sind in Ziffer 2.1 ff. ausführlich dargestellt.

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Referate T, TS, USO und WFB

Vorliegende Anfragen/Anträge:

keine

Erledigte Anfragen/Anträge:

keine

Klaus-Peter Murawski
Bürgermeister

Anlagen

Stellenreduktion aus dem HSK 2002 für den Untersuchungsbereich
Ergebnisbericht der Organisationsuntersuchung Bauverwaltung

Stellenreduktion aus dem HSK 2002 für den Untersuchungsbereich

Folgende Stellen wurden bereits im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2002 im Untersuchungsbereich gestrichen bzw. stehen vor der Umsetzung.

	Stellenzahl	Funktion
Amt 65	4 x 0,5 Stellen	Sekretariatskräfte aus den Fachabteilungen
Amt 66 (Maßnahmen I.14 und III.10 der HSK 2002)	4 Stellen	Vergabe von Bauüberwachungsleistungen
	2,5 Stellen	Vermessungsbereich
	3 Stellen	Vergabe von Planungsleistungen
	1,1 Stellen	Sekretariatskräfte aus den Fachabteilungen
	3 Stellen	Verbesserung der Organisationsstruktur
Amt 67	1 Stelle	Baummanagement, Infrarotauswertung
Gesamt:	16,6 Stellen	

Weitere Streichvorgaben aufgrund von Altersteilzeit, Arbeitszeitverlängerung Beamte, Arbeitszeitverkürzungstages Angestellte und Arbeiter (ca. 6,82 Stellen beim Hochbauamt; 15,17 Stellen beim Tiefbauamt; 8,86 Stellen beim Garten- und Friedhofsamt) sind ebenfalls umzusetzen.